

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dandern).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 11.

Berlin, Mittwoch, 6. Februar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Eine erste Pflicht. — Ein Wort zu dem sozialpolitischen Programm der Deutschen Gewerkevereine (S. 2). — Der Glaube erschüttert! — Zum Verbandstage. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Eine erste Pflicht.

Am heutigen Dienstag finden die Stichwahlen zum Reichstage statt. Es ist schon jetzt zu übersehen, daß das Zentrum in unverminderter Stärke zurückkehrt und die übrigen bürgerlichen Parteien mit sozial Mandaten mehr erscheinen, als die Sozialdemokratie einbüßen mußte. In manchen Zeitungen begegnet man der Auffassung, daß der neue Reichstag reaktionär sein würde.

Diese Auffassung wird geistlich verbrodet, um es so hinzustellen, als ob die Niederlage der Sozialdemokratie für die weitere Befestigung der sozialen Gesetzgebung von Nachteil wäre. Das ist eine durchaus falsche Auffassung! Die Sozialdemokratie war viel mehr ein Hindernis als ein förderndes Element auf dem wichtigsten Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Notwendige Reformen wurden abgelehnt mit dem furchtamen Hinweis darauf, daß die Sozialdemokratie agitatorischen Nutzen daraus ziehen werde.

Auch der Gesetzentwurf über die geschlechtliche Anerkennung der Berufsvereine spiegelt das Bestreben der Regierung wieder, der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung entgegen zu wirken. Wären die deutschen Arbeiter in mächtigen deutschen unabhängigen Gewerkevereinen organisiert, dann würde ihr Einfluß auf die Gesetzgebung dem diesbezüglichen Einfluß der englischen organisierten Gewerkevereine nicht nachstehen. Wir müßten uns gegen jenen Gesetzentwurf mit aller Entschiedenheit erklären, weil seine Durchführung gerade den nicht-sozialdemokratischen Arbeiter-Organisationen die größten Schwierigkeiten bereitet hätte, während die Sozialdemokraten schon einen Weg gefunden haben würden, die nachteiligen Wirkungen des Gesetzes von sich abzulenken.

Wir brauchen auf allen Gebieten eine entschiedene freihetliche, wahrhaft fortschrittliche Haltung der Gesetzgebung, damit die unabhängigen Gewerkevereine sich frei und machtvoll entfalten können. Die Sozialdemokratie darf hinfür nicht mehr als das Schwermittel benutzt werden, das die rechtsstehenden Parteien zurückhält, in Gemeinschaft mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien und dem Zentrum eine energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung zu betreiben.

Der Reichstag muß es vor allem als seine Ehrenpflicht betrachten, endlich auch die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 durchzuführen, wie es überhaupt seine erste Pflicht ist, der deutschen Arbeiterschaft durch praktische Taten zu zeigen, daß er gewillt ist, an der geistigen und wirtschaftlichen Kräftigung des Volkes, soweit dies durch die Gesetzgebung möglich ist, nachdrücklich zu arbeiten. Das ist die Forderung des Tages! Professor Ernst Fraenkel gibt in der „Sozialen Praxis“ ähnlichen Gedanken Ausdruck:

„Die Niederlage der Sozialdemokratie aber muß den anderen Parteien doppelt die Verpflichtung auferlegen, den Massen der Unbemitteltesten und Bedrängten den Beweis durch Taten zu führen, daß ihr Schicksal bei jener Partei in

schlechten Händen liegt und die bürgerliche Mehrheit des Reichstages bereit ist, den berechtigten Beschwerden der Schwachen abzuhelfen und eine kraftvolle Sozialreform zu Raub und Frommen des Staates durchzuführen.

Denn nach unserer Meinung hat die Sozialdemokratie ihre Niederlage selbst verschuldet: nicht nur durch die Kette ihres Beharrens seit Dresden und Jena, durch ihr revolutionäres Wüten, durch den blinden Haß gegen alle nationalen Ziele. Damit hat sie gewiß Hunderttausende von Mitbürgern abgestoßen, die mit Schrecken inne wurden, wohin die Wege führen, die sie anzustreben und vorzuziehen waren. In demselben Maße aber noch stärker hat die Partei der Singer und Stadthagen sehr große Massen der gewerblichen Arbeiterschaft, der Angestellten und Privatbeamten durch ihre übermäßige Regation und völlige Unerschbarkeit in der Sozialpolitik enttäuscht und abgestoßen. Jetzt ist ein Hemmschuh einer geistlichen Entwicklung beseitigt. Dar die Sozialdemokratie häufig eine Helferin reaktionärer Behauptungen, so ist jetzt die Bahn frei für die nationale Arbeiterbewegung und die Befestigung der Arbeiterorganisationen. Nun muß sich zeigen, ob auch die Regierung die Forderung des Tages auf sozialpolitischem Gebiete begriff:

Nicht Stillstand, nicht Rückschritt, sondern gerade weil die Sozialdemokratie einen so schweren Schlag erhalten hat, jetzt verdoppelte Fürsorge für die Massen, die ein Anrecht auf den Schutz des Staates und auf Gleichberechtigung haben. Nur so wird man den Sieg wirklich ausnützen und befestigen. Daß an sehr maharrenden amtlichen Stellen diese Auffassung herrscht, wird uns aus unerschöpflichen Quellen bestätigt. Wären dieser Meinung bald Taten folgen!

Wären die Reichsregierung und der Reichstag diese erste Mahnung recht verstehen, mögen sie es erfassen, daß es in der Tat ihre Pflicht ist, dem Interesse des Volkes zu dienen, dann wird es weiter aufwärts gehen und alle deutschen Arbeiter werden sich gern auf die Seite einer Regierung stellen, die sich müht, den Beweis zu erbringen, daß sie aufgehört hat, reaktionären Bestrebungen Vorschub zu leisten. Das deutsche Volk selbst wird gern alle seine Kräfte regen, um den dauernden Ruhm seines Vaterlandes unbefleckbar fest zu begründen! K. G.

Ein Wort zu dem sozialpolitischen Programm der Deutschen Gewerkevereine (S. 2)

In Nr. 1 des „Gewerkeverein“ ist der neue Programmentwurf der Deutschen Gewerkevereine zur Diskussion gestellt worden. Als Vertreterin der Arbeiterinneninteressen möchte ich mir erlauben, in dieser Diskussion das Wort zu ergreifen.

Vom Standpunkt einer fortschrittlichen Sozialpolitik kann man sich in den Hauptpunkten mit dem im Programm ausgeprochenen Forderungen durchaus einverstanden erklären. Dessen sie sich doch der Hauptsache nach mit dem Programmsätzen wissenschaftlicher Sozialreformer.

Unter dem speziellen Gesichtspunkte des Behaltens zur Arbeiterinnenfrage fordern die Leitgeden aber eine gewisse Kritik heraus, mit der die ausgesprochenen Vertreter des Arbeiterinneninteresses nicht zurückhalten dürfen.

Das Programm fordert: „Vollständige Arbeitsfreiheit für das weibliche

Geschlecht, doch mit allen Garantien für Gesundheit und Sittlichkeit. Verheiratete Frauen dürfen an den Sonntagen der Sonn- und Feiertage nur bis mittags gewerblich beschäftigt werden. Die Entlohnung muß, bei gleichen Leistungen, der der männlichen Arbeiter gleichkommen. Angemessener Schutz der Wöchnerinnen vor und nach der Entbindung.“

Bereits der erste Satz stellt zwei Forderungen auf, die sich ihrem Wesen nach widersprechen und deren Vereinigung man sich nur erklären kann, wenn man annimmt, daß gewisse Schlagworte des Manifestums beibehalten, gleichzeitig aber moderneren sozialpolitischen Forderungen eine Konzeption gemacht werden sollte. Ohne eine solche Interpretation versteht man den Sinn einer Forderung nicht, die vollständige Arbeitsfreiheit für das weibliche Geschlecht verlangt, gleichzeitig aber dessen Gesundheit und Sittlichkeit ausreichend schützen will. Wir sind heute glücklicherweise in Deutschland so weit, daß wir die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht mehr in dem dottrindären Sinne verlangen, als ob beiden in allen Lebenslagen gleichartige Behandlung zuteil werden müsse und die anatomisch-physiologischen Unterschiede nicht erörterten. Der deutschen Frauenbewegung ist auch jener Fanatismus ferngeblieben, der die englische Frauenbewegung aus falsch verstandenen Gleichberechtigungsideen zu einer Negation des Arbeiterinneninteresses machte. Wenn daher die Hirsch-Dandernschen Gewerkevereine „volle Arbeitsfreiheit“ für die Frauen verlangen, so wäre das ein Rückschritt zu einem von uns längst überwunden geglaubtem Stadium, zu einer Anschauung, die wir auch nicht einmal in Bezug auf Männerarbeit für berechtigt halten. Mit der ersten Forderung unvereinbar, sochlich aber mit vollem Recht, verlangt das Programm daher auch „alle Garantien für Gesundheit und Sittlichkeit“. Wer diese Garantien lassen soll bei voller Arbeitsfreiheit, ist unverständlich. Das dies nur der Staat sein kann, wird heute wohl auch dem extremsten Freund der Selbsthilfe klar geworden sein.

Die Hirsch-Dandernschen Gewerkevereine sollten ihr dem Inhalt nach so nützliches und wertvolles Programm noch dahin revidieren, daß sie die irreführenden und überlebten Doktrinen des Manifestums auch in ihren Worten für immer über Bord würlen.

Sollte — und das ist eine zweite Möglichkeit, — bei der Abfassung des in Frage kommenden Satzes nur eine unglücklich gewählte Form vorliegen und er nicht anders besagen sollen, als daß den Frauen die Freiheit der Berufswahl in gleicher Weise zuzustehen solle, wie dem Manne, so möchte ich mit meiner Kritik gleich den positiven Vorschlag vorlegen, die irreführende ursprüngliche Fassung: „vollständige Arbeitsfreiheit für das weibliche Geschlecht“ durch die Worte: „Freiheit der Berufswahl für das weibliche Geschlecht“ zu ersetzen, wodurch jedem Irrtum von vornherein vorgebeugt wird.

Dr. Elisabeth Altmann-Gottheimer.
Frankfurt a. M.

Ann. d. Med. Wir haben diesen Artikel der energischen Fortkämpferin für die Rechte der Arbeiterinnen gern zum Abdruck gebracht, schon wegen des regen Interesses, das daraus für unsere Organisation zutage tritt. Dennoch aber möchten wir, daß es sich bei unserm Programm zunächst nur um einen Entwurf handelt, der erst nach dem Verbandstage zu Erläuterung zur Beschlußfassung unterbreitet werden wird. Dabei kann der Anregung der Verfasserin sehr wohl Rechnung getragen werden, da in der Tat „nur eine unglücklich gewählte Form“ vorliegt und unter „Arbeitsfreiheit“ Freiheit der Berufswahl verstanden werden muß.

Der Glaube erschüttert!

Der Sozialismus verpricht der Menschheit ein volles Maß irdischer Glückseligkeit. Der Glaube an dieses von der Sozialdemokratie zu erwartende Glück fand in keinem Lande der Welt sozial gläubige wie in Deutschland und hier vorwiegend in der Arbeiterschaft. Wer in tiefer Not leidet und trotz hartem

Ringen und Mühen in dieser Not verbleibt, der glaubt gar zu gern an eine Zukunft, die ihm in einem idealen Staatswesen glückverheißende Tage bringe. Diesen Glauben hat die Sozialdemokratie genährt, wie eine Mutter ihr Kind. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, so suchte sie darzustellen, sei ein Aufsteigen der Arbeiterklasse unmöglich. Das Kapital werde sich in immer weniger Hände vereinigen, das Proletariat aber werde an Zahl immer größer werden und immer tiefer in Not und Elend versinken. Auf dieser Theorie von der „Verelendung der Massen“ stützte die Sozialdemokratie ihre These, daß der Tag kommen müsse, wo die Besitzlosen den in wenigen Händen vereinigten Reichtum zum Gemeingut aller erklären würden. Die einen meinten, ver Sozialismus würde von selbst in diesen Tag hineinwachsen, die anderen aber meinten, daß er am Tage des großen Kladderadassies einem Phönix gleich aus der Asche der getrümmerten alten Zeit emporsteigen werde.

Der Glaube macht selig! Er fanatisiert die Menge, die opferfrühig ihr Leben hingibt, um rascher den großen Tag allgemeinen Glücks herbeizuführen. Ungebuldige fragten dann wohl mal, wann der Tag des HineinwachSENS oder des großen Kladderadassies kommen werde? Diese Frage hätten sich gar viele vorlegen können und dann wären Zweifel und Mißtrauen in die Masse der Gläubigen gekommen. Das hätte einen großen Abfall von dem Glauben an den Sozialismus bringen können. Dem mußte entgegen gewirkt werden. Wie zu allen Zeiten und in allen Völkern, wenn Unruhe und Mißtrauen hervorbraten, Propheten kamen und der Menge verkündeten, daß der Tag beginnenden Glückes nah bevorstehe, so auch hier.

Die Propheten unserer Zeit stützten sich auf das Anwachsen der für den Sozialismus abgegebenen Stimmen und rechneten heraus, daß, wie es J. V. Engels tat, schon mit dem Jahre 1898 die übergroße Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus erobert sein werde. So stärkte der Prophet den Glauben der Gläubigen an das Nahen der irdischen Glückseligkeit.

Als sich 1891 eine neue Bewegung innerhalb der Sozialdemokratie mit den sogenannten „Jungen“ hervorrot, die dem Glauben Abbruch zu tun drohte, da ging auch August Bebel unter die Propheten und rief im September 1891 in einer Verlesung zu Myrdos auf, daß der große Kladderadassie schneller kommen werde, als man es sich träumen lasse. Auch auf dem in demselben Jahre stattgefundenen Erntertraktage drückte derselbe Prophet seine Freunde darüber aus, daß, wie Engels bewiesen habe, im Jahre 1898 ein Umsturz der Dinge von Grund aus in Aussicht stehe.

Wohl kam das Jahr 1898, aber es war nicht das Jahr des Falls! Da verlegte sich Bebel von neuem auf das Prophezeien. Auf dem Parteitage in Hannover 1900 aber sagte er ihnen an, daß er selbst in Privatunterhaltungen „auch mir ungläubigen Thomas gegenüber den Termin, wann die Gesellschaft passiere, genau festgesetzt habe“. Und ein gar zu ungläubiger Thomas war der alte Auer, denn er sagte:

„Ich habe es nicht geglaubt, daß 1889 alles zu Ende ist, und als 1889 prolongiert wurde bis in die Mitte der 90er Jahre, habe ich es auch nicht geglaubt, und als dann Engels und Bebel den Schlusstermin auf 1898 festsetzten, auch da blieb ich der Zweifler und sagte: Abwarten. Wir haben abgewartet. Und gestern und heute?“

Bebel aber blieb unverwundlich im Prophezeien, denn er wußte nur zu gut, daß der Glaube an den Sozialismus nicht erlöschen durfte. Im Januar 1903 suchte er sogar dem Reichstage klar zu machen, daß der allgemeine Kladderadassie das notwendige Ende der Entwicklung sein müsse. Einen Termin gab er allerdings nicht mehr an. Seine erneute Prophezeiung so nahe vor den Wahlen hatte aber die Gemüter der Gläubigen wieder von neuem mit starkem Vertrauen erfüllt. Der gewaltige Aufschwung, den die Sozialdemokratie dann bei den Wahlen von 1903 nehmen konnte, war für Bebel's prophetischen Gehör eine neue Bestätigung in seiner Zuversicht. In Karlsruhe prophezeite er den in der Verlesung zahlreich anwesenden Gegnern der Sozialdemokratie, daß nun der Tag nahe sei, an dem den Ungläubigen durch den Sozialismus der Prozeß gemacht werde.

Jüngst in Hamburg hat Bebel den kühnen Mut gehabt zu freieren, daß er niemals prophezeit habe. Nichts weiß er von dem Spruch Goethes, daß man getrost nach Hause tragen kann, was man schwarz auf weiß behauptet! Nichts weiß er mehr von den Dingen, die von ihm besprochen und in den Parteitageprotokollen festgelegt sind. Wer möchte auch gern ein schlechter Prophet sein?

Die Verelendungstheorie ist zwar noch nicht im Programm aber in der Literatur inzwischen aufgegeben worden. Die Tatsachen sind härter als alle theoretischen Schlüsse! Innerhalb der bestehenden Staatlichen Wirtschaftsordnung steigen die Arbeiter, dank ihrer Organisation und der wachsenden Kultur geistig und wirtschaftlich empor. Bernstein, selbst ein Sozialist,

führte schon den Nachweis von der Degeneration des Kapitals. Und da nun der immer wieder für bald in Aussicht gestellte Tag des Zusammenbruchs nicht kam, da ging gar vielen der Glaube an den Sozialismus verloren.

Das zeigte der 25. Januar 1907, der den Glauben an des Sieg des Sozialismus gar stark erschütterte hat. So stark, daß der als sozialdemokratischer Kandidat zur Stichwahl stehende Herausgeber der „Neuen Gesellschaft“, Dr. Braun, in seiner Zeitschrift in den Zusenjer ausdrikt:

„Allen denjenigen unter den Parteigenossen... für die die politische Ueberzeugung mit selbstenstem Vertrauen in die Sache, der sie dienen, verbunden ist, wird, wenn sie sich von der ersten Uebung erhalt haben, die Welt entgöttert, das armselige Leben leer und öde erscheinen. Die Zuversicht, daß die Sozialdemokratie... mit Naturnotwendigkeit siegreich fortschreitet, ist ihnen zum ersten Male erschütterter worden.“

Der Glaube an den Sozialismus ist, das gehen nun auch seine Verfechter, erschütterter! Dafür wird in der: gebildeten Arbeiterkraft, die nicht ohne Ideale leben kann, ein reales Ideal lebendige Kraft gewinnen in der wachsenden Ueberzeugung von dem hohen sittlichen Wert der Selbsthülfe und Selbsthilfe, und es wird wachsen das Vertrauen in die eigene Kraftbetätigung durch brüderlichen Zusammenschluß in großen Deutschen Gewerbetreibern!

K. G.

Zum Verbandstag.

Nachdem sich verschiedene Kollegen über die Aufgaben des Verbandstages geäußert haben, möge auch mir dies gestattet sein, wenn ich auch kein gewandter Schriftsteller bin. Zur Behebung der durch den Tod unseres unvergesslichen Anwalts freigemachten Stelle wäre in Anbetracht dessen, daß immer weitere und gebildete Kreise, wie Techniker und sonstige Angestellten, die Organisation unmöglich entbehren können, ein akademisch gebildeter Mann wohl der richtige. Einer der wichtigsten Punkte ist die Frage der Politik. Da sind zwei Wege vorgeschlagen: der erste führt zur Gründung einer besonderen Partei, der zweite zum Anschluß an eine schon bestehende Partei, in der im Sinne der Gewerbetreibe einwirkend sein soll. Um letzteres zu tun, müßten wir einen Teil des ersteren haben. Durch Gründung einer Partei würde die Neutralität verlegt; das darf nicht sein. Dem zweiten Dinge aber fehlt der Kopf, deshalb nimmt man vom ersten den Kopf und setzt ihn auf das zweite. Jeder Gewerbetreibe soll sich politisch organisieren, gleichviel in welcher Partei. Die Gewerbetreibe sammeln die Arbeiter in diesen Parteien, um Einfluß ausüben zu können. Eine Zentralstelle hält die Mitglieder in der Politik auf dem Laufenden und vertritt den Gewerbetreibehandpunkt. Kritik aller Parteien muß gestattet sein. Ein womöglich täglich erscheinendes Organ wäre nötig. So würden wir uns die Politik aneignen machen und interessante Versammlungen bekommen. Die Neutralität würde dadurch in keiner Weise verletzt und doch hätten wir eine eigene Arbeiterpartei. Der heutige Zustand ist unhaltbar.

In puncto Presse bin ich der Ansicht, daß eine täglich erscheinende Zeitung unbedingt notwendig wäre. Bei einer täglich erscheinenden Zeitung wäre vielleicht ein Zusammenlegen der zurzeit von den Generalräten herausgegebenen Organe möglich, wodurch sich die Tageszeitung auch halten könnte. Wir fehlt allerdings die Erfahrung und Berechnung. Es soll dies denn auch nur eine Anfrage sein.

Die Anstellung von Beamten ist unbedingt weitere Notwendigkeit. Mit den jetzigen paar Mann können wir nicht weiter. Haben wir erst mehr Beamte, dann findet sich noch vieles andere, wo die Gewerbetreibe eingreifen müßten.

Stuttgart-Wangen. Edmund Stöckbrand.

Allgemeine Kundschau.

Dienstag, 5. Februar 1907.

Das Problem einer wirksamen Stellenlosenversicherung beschäftigt die Sozialpolitiker fortwährend. Für die Handlungsgesellschaften ist jedoch die Möglichkeit längst gegeben, sich für den Fall der Stellenlosigkeit Unterstützung zu sichern. Das Reichsarbeitsblatt bringt in seinem neuesten Heft die Zusammenstellung der Leistungen der einzelnen Verbände im 4. Vierteljahr und kamt ist die Zusammenstellung für das ganze Jahr 1906 möglich. Allerdings werden im Reichsarbeitsblatt nur die Zahlen der Vereine veröffentlicht, bei denen die Mitglieder einen Anspruch auf die Stellenlosenunterstützung nach festen Sätzen haben, wo also allein von einer Stellenlosenversicherung gesprochen werden kann. Ebenso stellt das Statistische Amt Anforderungen bezüglich der Angaben, die eben nur von den Vereinen erfüllt werden, die in der Zusammenstellung aufgeführt sind. Insgesamt sind es drei Handlungsgesellschaften und ein Verein für Handlungsgesellschaften, die den Anforderungen entsprechen. Die älteste Organisation,

die eine Stellenlosenversicherung für Handlungsgesellschaften besitzt, ist der Verein der Deutschen Kaufleute (Berlin); aus diesem Grunde und da die Leistungen dieses Vereins in jedem Vierteljahr das höchste betragen, als bei allen anderen berichtenden Vereinen zusammen, so ist hier die Probe auf das Exempel am besten zu sehen. Der Verein der Deutschen Kaufleute zahlte 1906 RM. 30 112,90 an Stellenlosenunterstützung bei 18 623 Mitgliedern. Bisher zahlte der Verein der Deutschen Kaufleute RM. 246 520 an Unterhaltungen. Besonders groß waren die Zahlen in den letzten fünf Jahren: 1902 RM. 28 119,56, 1903 RM. 32 188,96, 1904 RM. 29 786,15, 1905 RM. 32 545,70, 1906 RM. 30 112,50. Da die Stellenlosenunterstützung beim Verein der Deutschen Kaufleute sich seit 1885 befreit mit der Maßgabe, daß die Mitglieder Anspruch auf Unterhaltung haben, ohne daß etwa eine Notlage vorhanden sein muß, so wird die Tatsache, daß die Rasse bisher niemals durch Wirtschaftskrisen erschüttert wurde, als Beweis gelten dürfen, daß die Handlungsgesellschaften nicht auf die staatliche Regelung zu warten brauchen. Gegenwärtig beträgt der Bestand der Rasse für Stellenlosenunterstützung RM. 125 000; bei einem Mitgliederbestande von 18 623 gewiß ein befriedigender Stand. Wie man bei Handlungsgesellschaften und -Gesellschaften die Einrichtungen des Vereins der Deutschen Kaufleute zu würdigen weiß, beweis das Nachen der Mitgliederzahl im Jahre 1906 von 14 614 auf 18 623.

Eine merkwürdige Notizung stellt der deutschen nationale Handlungsgesellschaft in einer Zeitschrift an die Zeitungen auf. Er giebt darin an, daß seine Stellenlosen-Unterstützungskasse im letzten Geschäftsjahr 60 352,40 RM. verausgabte habe. Das „Geschäftsjahr“ läuft dort vom 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1906. Das sind zwei Kalenderjahre! Zu Wirklichkeit hat der Verband im letzten Jahre nur 30 582,18 RM. bei 90 400 Mitgliedern gezahlt, wogegen der Verein der Deutschen Kaufleute, wie schon oben berichtet wurde, 30 112,90 RM. bei 18 623 Mitgliedern im letzten Jahre zahlte. Das ist wohl auch die Ursache, weshalb man der Deutschnachricht gegenüber verschweigt, daß das „Geschäftsjahr“ jenes Verbandes zwei Kalenderjahre umfaßt.

Eine Bestätigung von Genossenschaftsläufern veranlaßt an kommenden Sonntag die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reformen. Es sind diesmal die Häuser der Berliner Bauerngenossenschaft, G. S. m. b. H., in Adlershof, die besichtigt werden. Verlesung im Genossenschaftsgasthaus, Adlershof, Ecke Bismarck- und Genossenschaftsstraße, mittags 12 Uhr. Die Führung hat der Ortsgruppenleiter a. D. Karl Schröder übernommen. Auch die Deutschen Gewerbetreibe haben als Mitglied der Gesellschaft für Soziale Reformen eine Einladung erhalten und kann den Verbandsgenossen die Teilnahme an der Besichtigung nur empfohlen werden.

Deutsche Reichsversammlung. So lautet das Thema, über welches zuerst im Diskussionsklub Vorträge gehalten werden. Gerade in der jetzigen Zeit, wo die Reichstagswahlen ihren Abschluß gefunden haben, dürften diese Fragen besonders interessieren. Ihre Erörterung ist aber auch wichtig deshalb, weil gerade auf diesem Gebiet, und nicht zuletzt in Arbeiterkreisen, eine Unkenntnis herrscht, die man nicht für möglich halten sollte. Diese Unkenntnis auf diesem, wie auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu beseitigen, ist die vornehmste Aufgabe unseres Klubs. Leider wird diesen Bestrebungen immer noch zu wenig Interesse entgegengebracht. Die Teilnehmerzahl ist immer noch viel zu gering im Verhältnis zu der Zahl der Gewerbetreibe-Kollegen in Groß-Berlin. Für einen jungen, strebsamen Verbandsgenossen aber, welcher einmal von unserer guten Sache überzeugt ist, kann es kaum eine bessere Gelegenheit geben, sein Wissen zu verbolkommen als im Diskussionsklub. Volkswirtschaftliche Belehrung in allen volkswirtschaftlichen wie agitatorenischen Fragen, das sind unsere Ziele. Darum gerade, ihr jungen Elemente, gilt für euch die Parole: Hinein in den Diskussionsklub, den Gewerbetreibe-Klub für Volkswirtschaftslehre. Sitzung jeden Mittwoch von 1/9—1/11 Uhr im Verbandsbause.

Wax Kriß, Schriftführer.

Arbeiterbewegung. In Berlin dauert sowohl die Ausperrung der Automobilistenfahrer als auch diejenige der Holzarbeiter ununterbrochen fort — auch in Kiel find am Sonnabend abend die Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes ausgeperrt worden. — Die im Altonaer Fischereihafen und in der Fiskation beschäftigten Arbeiter hatten wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Dank beiderseitigen Entgegenkommens ist es geglückt, den Konfliktstoff zu beseitigen, so daß gleich am nächsten Tage die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Unter den Heigern und Arsenalarbeitern des österreichischen Lloyd wird ein Ausstand geplant. Die von den Angestellten erhobenen Forde-

Handlungs-... Kauf-... da die Lei-... teljahr das... berichtigten... ohe auf das... der Deut-... an Stellen-... r. Bisher... 246 520... in die Zahlen... 28 119,56... 16,15, 1905... die Stellen-... fischen Kauf-... gabe, daß... haben, ein muß, so... emals durch... weit gehen... t auf die... gegenwärtig... losenunter-... berbestande... land. Wie... sinnen die... Kaufleute... Mitglieder-... 23.

rungen werden von der Betriebsleitung als unerfäß-
bar bezeichnet. — Ein Streik der Arbeiter ist in den
Londoner Varietés-Theatern und in den Musik-
hallen ausgebrochen, so daß in einzelnen dieser
Etablissements die Vorstellungen vollständig unter-
brochen werden mußten. Die Arbeiterorganisationen
unterstützen die Streikenden durch erhebliche Geld-
summen. — Eine lebhafteste Streibewegung macht sich
gegenwärtig in Belgien bemerkbar. Außer etwa
3000 Kohlenarbeitern befinden sich in Marcinelle
700 Metallarbeiter, in Brüssel im Teil der
Schuhmacher und Klempner, in Gent die Buch-
binder, in Turnhout Textilarbeiter und Textil-
arbeiterinnen im Auslande. Auch an anderen
Orten sind kleinere Streiks und Aussperrungen zu
verzeichnen, so daß die Zentralleitung der Arbeiter-
organisationen sich gründlich besorgt hat, in Gemein-
schaft mit dem Landesrat der Arbeiterpartei einen
Aufruf zu Sammlungen zu veröffentlichen.

Wir erhielten folgende Zuschrift, datiert Stutt-
gart, 30. Januar: Wir verlangen auf Grund des
§ 11 des Preßgesetzes die Aufnahme folgender Be-
richtigung in die nächste Nummer des „Gewer-
vereins“:

Die in Nr. 6 des „Gewervereins“ vom
19. Januar 1907 unter der Überschrift: „Wie
zählt sich das?“ enthaltenen Vermutungen und
Schlußfolgerungen über den Deutschen Metall-
arbeiterverband sind in allen Teilen unrichtig,
weil die in der Generalversammlung der Gewerk-
schaften Deutschlands bisher für das Jahr 1906
gehabten Beiträge nur eine Leistung à conto dar-
stellen.

**Der Vorstand
des Deutschen Metallarbeiterverbandes.**

Im Auftrage: G. Reichel.
Sollte der hier gemachte Einwand erfunden
sein, so darf man immerhin anerkennen, daß sich die
Herrn gut herauszureiben versuchen. Beruht die Er-
klärung aber auf Tatsachen, so ergibt sich daraus,
daß der Metallarbeiterverband „natürlich vorüber-
gehend“ so im Dales war, daß er auf die Beiträge
an die Generalkommission nur erst eine Abschlags-
zahlung leisten konnte.

Sozialdemokratische Beweise. Wenn diese
Zeilen in die Hände der Leser gelangen, sind die
Reichstagswahlen beendet. Auch in den bisher statt-
gefundenen Stichwahlen ist die Niederlage der Sozial-
demokratie verhängt worden. Daß unter diesen Um-
ständen eine große Veränderung in sozialdemokratischen
Kreisen Platz gegriffen hat, ist selbstverständlich. Die
Enttäuschung ist auch gar zu groß gewesen. Daß
aber diese Veränderung dazu führt, den schlimmsten
Reaktionären zum Siege zu verhelfen, das nimmt sich
gerade seltsam an, wenn man sich die Lage der Sozial-
demokratie vor Augen stellt, wie sie sich bei einer Partei,
die niemals mit Vorwürfen gelacht hat, wenn bei
früheren Wahlen Liberale einen Konservativen gegen
den Sozialdemokraten unterliefen haben. Im Wahl-
kreise Löwenberg, wo der Kandidat der Freisinnigen
Vollpartei Kopp mit dem Konservativen in Stich-
wahl steht, und in Eigenig-Goldberg-Haynau, wo
der freisinnige Stadtrat Fischer mit dem
Mitteihändler Buchholz um das Mandat ringt, haben
die örtlichen sozialdemokratischen Parteileitungen Wahl-
enthaltung proklamiert. Also obgleich entschieden
liberal denkende Männer ebenso entschiedenen rea-
ktionären Männern gegenüberstehen, wollen sich die
Sozialdemokraten der Stimme enthalten, trotzdem
ihnen bekannt sein muß, daß die Mandate dadurch an
die Rechte verloren gehen. In Bayern haben die
Sozialdemokraten sogar mit den Bauernblinden ein
Uebereinkommen abgeschlossen. Um das Mandat in
Erlangen-Fürth zu erhalten, haben sie die Bauern-
blinden verpflichtet, bei der Stichwahl zwischen Frei-
sinnigen und Sozialdemokraten sich der Stimme zu
enthalten, und als Dank dafür werden in Ansbach-
Schwabach, wo ein Kandidat der Konservativen einem
echten Demokraten gegenübersteht, die Sozialdemokraten
Stimmenthaltung üben. Nehuliche unnatürliche Bin-
nisse sind zwischen Zentrum und Sozialdemokratie
abgeschlossen worden.

Wir registrieren diese Fälle nur, damit, wenn
die Sozialdemokratie andere Parteien wieder mit ihren
Vorwürfen kommt, daß diese der Reaktion Vorpan-
dienste leisten, man ihr ein Spiegelbild vorhalten
kann. Dennlicher als durch die Stellung bei den
Stichwahlen kann das heuchlerische Verhalten der
raten Volkstreue nicht charakterisiert werden.

**Sozialdemokratischer Terrorismus in der Dres-
dener Ortskrankenkasse.** Nach verschiedenen Zeitungs-
meldungen soll in der Verwaltung der genannten Kasse,
an deren Spitze der jetzt durchgefallene sozial-
demokratische Abg. Frähdorf steht, ein heftiger Kampf
geführt worden sein, um die Beamten zum Beitritt
zur sozialdemokratischen Organisation zu zwingen,
obgleich dieselben nichts weniger als sozialdemokratisch
gesinnt sind. Selbstverständlich haben sich die Beamten
gegen diese Zumutung gewehrt, und alle Versuche,
dieselben mit Gewalt der sozialdemokratischen Partei
anzuschließen, sollen an dem Widerstand der Beamten

geheitert sein. Diesen Zeitungsausschnitten gegenüber
veröffentlichte Frähdorf eine Erklärung, in welcher er
es als unwahr bezeichnet, daß die Gehaltsregu-
lierung der Beamtenassistenten abhängig
gemacht würde von der Zugehörigkeit zu
irgend einer Organisation. Trotz dieser Er-
klärung aber ist in der Dresdener Stadtverordneten-
versammlung von bürgerlicher Seite eine Interpellation
betreffend den Schutz der Beamten der Ortskrank-
enkasse gegen die Zumutungen der sozialdemokratischen
Leitung eingebracht worden, über die in der nächsten
Sitzung eingehandelt werden soll. Man wird ja dann
sehen, was an der Sache Wahres ist. Zugutruhen
ist ein solcher Terrorismus den Herren schon; sind
doch schon ganz andere Dinge in dieser Beziehung
passiert.

Die Zukunft unserer Sozialpolitik. Mehrere
nationalliberale Zeitungen haben die Nachricht ver-
breitet, daß der Reichstagsrat über die Rechts-
fähigkeit der Berufsvereine, der bei allen Ar-
beiterorganisationen auf so heftigen Widerstand ge-
stossen ist, auch im neuen Reichstag wieder eingebracht
werden sollte. Trotz wiederholter Aufforderungen hat
die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ es nicht der Mühe
für wert gehalten, dieser Nachricht zu widersprechen.
Das hat natürlich in weiten Kreisen lebhaftes Besorg-
nis über die Ausfichten unserer Sozialpolitik wach-
gerufen, und so hat sich die „Ostbayerische Zeitung“
mit einer Anfrage an den Reichstagsrat gewandt, ob
etwa von der Regierung mit Hilfe des neuen Reichs-
tages eine Rückwärtsbewegung der sozialpolitischen Ge-
setzgebung vorgenommen werden solle. Darauf ist dem
genannten Blatte nachstehende Dypse geantwortet:

Die deutsche Sozialpolitik wird in den künftigen be-
währten Bahnen nachdrücklich fortgeführt werden.
Die Behauptung, daß die Berufsvereine vorläufig
unmittelbar oder mittelbar auf eine Beschränkung der nicht
rechtsfähigen Berufsvereine dienen sollte, ist unzu-
treffend. Insbesondere wird nicht beabsichtigt, die Mit-
glieder der nicht rechtsfähigen Berufsvereine irgendwie von
der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen auszu-
schließen.

Danach scheint es also wirklich, als wenn der
von den Arbeitern so scharf verurteilte Entwurf doch
wieder eingebracht werden sollte. Das wäre tief be-
dauerlich; denn die Beschäftigungsvorschläge des
Herrn Reichskanzlers fallen in der Arbeiterchaft auf
unfruchtbaren Boden. Sie hat kein Vertrauen dazu,
daß der Entwurf, wenn er in seiner vorliegenden oder
auch nur ähnlichen Gestalt Gesetz werden sollte, für
die Arbeiter eine Wohltat bedeuten würde, und muß
daraus bestehen, daß die gesetzliche Anerkennung der
Organisationen in einer Weise erfolgt, wie sie von
unserm Anwalt Dr. Mor Hirsch im Deutschen Reichs-
tage vorge schlagen worden ist. Sollte der Reichs-
kanzler beabsichtigen, mit dem neuen Reichstags-
tag Sozialpolitik im Sinne der Regierungsvorlage betr.
die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zu treiben, so
würde er den schärfsten Protest in der deutschen Ar-
beiterchaft wachrufen.

**In ähnlichen Bemerkungen über die General-
versammlung für Soziale Reform** gefaßt sich die
„Deutsche Bäder-Zeitung“, das Organ des
sozialdemokratischen Zentralverbandes der Bäder. Be-
sonnend ist auf diese Generalversammlung der
Zentralratsvorsitzende Kollege Gustav Hartmann
einen Vortrag gehalten über das Einigungswe-
sen in England, auf Grund der gelegentlich seiner
Studienreise gemachten Erfahrungen. Da erlaubt
sich nun das genannte Blatt folgende ironische Be-
merkungen:

Abwärts vom Kampffeld der wirtschaftlichen
Schicksale, weit entfernt von der rauhen Wirklichkeit
gesellschaftlicher Kämpfe und ohne tiefere
Betrachtung für die harte, läche und
widerwärtige Arbeit, die die Arbeiter für
bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen
leisten müssen, kommt alljährlich eine Gesellschaft
idealistischer Philantropen zusammen, um über Vorschläge
für den sozialen Reform zu beraten. Die Gesellschaft für
Soziale Reform stellt sich diese Aufgabe, jene dunnstümm-
ten, aus allen Bevölkerungsklassen sich zusammensetzende Ver-
einigung, die demnach in der Hauptache ein Rendezvous
sozialistischer fortschrittlicher Akademiker ist, unter die sich
neben Vertretern der christlichen und srisch-Dunker-
schen Gewerksvereine in letzter Zeit aber auch ziem-
lich zahlreich Vertreter des bürgerlichen Unternehmertums
mischen.

Es folgen dann die unvermeidlichen Beschimpfungen
der Vertreter unserer Organisation und der christlichen
Gewerkschaften, die als brave Kinderchen, aber auch
als Buchstapler und fahrbare Frösche verhöhnt
werden. Dann heißt es:

Und deshalb, ihr ehrlichen Herren von der Sozialen
Gesellschaft, und ihr Heuchler, die ihr euch dazu gefaßt:
Alle graue Theorie vom gemilderten Frieden zerfällt an
der realen Praxis der Lohnkämpfe, die aber durch Theoretik-
sieren nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Es wäre vergeblich, mit der Deutschen Bäder-
Zeitung zu streiten über die besten Wege, wie man
zu einer Erhebung der wirtschaftlichen Lage der Ar-
beiterchaft am ehesten kommt. Von den Erfolgen der
englischen Gewerksvereine durch die Einrichtung der
Einigungs- und Schiedsämter scheint das genannte
Blatt noch nicht viel gehört zu haben. Ihm und

ähnlichen Organen ist ja auch der Kampf der Organi-
sation nicht der Zweck zur Erhebung der Arbeiterbe-
völkerung, sondern dient lediglich zur Förderung des
Parteiinteresses. Die Zukunft wird ja lehren,
welcher Weg für die Arbeiterchaft der zweck-
mäßigere ist.

In argen Beschimpfungen der kleinen Gewerbe-
treibenden gefaßt ist das Organ des sozial-
demokratischen Maurerverbandes. In einer Be-
trachtung über die Ursachen der Niederlage seiner
Partei führt dieses Blatt als einen Grund an, daß
viele „konst völlig Indifferente“ aus dem Kleinbürgertum
diesmal zur Wahl gegangen seien. Es heißt
dann weiter:

„So gering verdammt diese Kleinbürgerliche
Grundstamm des politischen Lebens auch
ist, er brachte es doch fertig, einen „nationalen“ Stim-
mzettel zur Urne zu tragen. Von der phänomenalen
Unkenntnis und Urteilslosigkeit dieser
Eumpfaffen macht man sich nur sehr schwer einen
Begriff, aber zum Niederbrennen der proletarischen Wähler
langt es immer noch.“

Daß die kleinen Gewerbetreibenden sich nicht für
die sozialdemokratischen Kandidaten haben begeistern
können, ist zu verstehen. Gäben sie in ihrer Mehr-
zahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben,
so hätte das Blatt des Maurerverbandes aber zweifel-
los die „hohe politische Einsicht“ dieser Bevölkerungs-
schicht gefeiert. Jetzt, wo das Gegenteil eingetreten
ist, da scheut man sich nicht, solche Beleidigungen in
die Welt zu schleudern. Man ist ja allerdings längst
daran gewöhnt, daß die sozialdemokratische und auch
die Gewerkschaftspresse alle Leute, die eine eigene
Meinung zu haben sich erlauben, entweder als Idioten
oder als Heuchler und Betrüger hinstellt. Schon von
diesem Gesichtspunkte aus ist der Sozialdemokratie die
Wahlweise, die ihr durch die diesmalige Reichstags-
wahl verweigert wird, von Herzen zu gönnen. Die
kleinen Gewerbetreibenden aber werden sich die Ein-
scheidung, die ihnen hier seitens einer sozialdemo-
kratischen Blattes zuteil wird, hochwillkommen und
ihre Schlußfolgerungen daraus ziehen.

**Eine Schabensackfrage gegen den Leiter der
Geschäftsstelle Hamburg** Altona des Holzarbeiterver-
bandes hatte der Holzarbeiter-Schutzverband in
Hamburg angestrengt. Vorgeworfen wurde dem be-
treffenden Geschäftsführer Kontraktbruch aus Anlaß
der Kaiserfeier. Das Landgericht in Hamburg hat am
2. Februar sein Urteil gefällt, dahingehend, daß die
Forderungen gegen die Leitung des Holzarbeiterver-
bandes in Stuttgart und den Geschäftsführer Neu-
mann in Hamburg dem Grunde nach für berechtigt
erklärt wurden. Der Anspruch gegen die Geschäftsstelle
Hamburg-Altona speziell wurde jedoch abgewiesen.

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über
das Jahr 1906.**

Ortsverband Eilenach.

Der Ortsverband hielt am Sonntag, 20. Januar, seine
erste diesjährige Ausschüßung ab. Nach erneuter Kon-
ferenz wurde der Ausschüßung genehmigt. Der Ortsverband be-
steht jetzt aus 4 Ortsvereinen mit 363 Mitgliedern. Die
Geschäfte unseres Ortsverbandes werden in 4 Gemeinden,
2 kombinierten Ausschüßungen und 2 Branchierungen
erledigt. Ferner wurde eine öffentliche Versammlung mit
Kollegen Herberger als Referenten abgehalten.
G. Ortman, Schriftführer.

Ortsverband Weimig C./S.

Im Laufe des Jahres 1906 wurden 14 Versammlungen
abgehalten und zwar 5 ordentliche Verbandsversammlungen,
4 kombinierte Sitzungen und eine allgemeine Mitgliederversammlung,
in der die Kollegen Lehner und Schmiedel
Referate hielten, ersterer über die Stellung der Arbeiter
in der Presse, letzterer über die Arbeiterfrage und ihre
Notwendigkeit. In einer öffentlichen Versammlung sprach
Verbandskollege Goldschmidt über das Thema: „Die fort-
schreitende Steigerung der Nahrungsmittel. Welche Ge-
fahren gehen wir dadurch entgegen und wie verhalten sich
die einzelnen Organisationen hierzu?“ Bei der Wahl der
Stadtverordneten beteiligte sich der Ortsverband mit
größtem Interesse; leider ist es uns nicht gelungen, einen
Kandidaten durchzubringen. Gehört wurde der Orts-
verein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Weimig C./S.
mit 20 Mitgliedern, der jetzt 40 Mitglieder über-
zählt.

Nach der Arbeit Müß und Zeit soll auch dem Ver-
gnügen Rechnung getragen werden. So wurde beim
mehrer hundertmal ein Besangverein der Deutschen Gewerks-
vereine (h. D.) ins Leben gerufen, der sich zur Aufbe-
reitung, das deutsche Volkstum zu pflegen. Seine Mitglieder-
zahl beläuft sich auf 80 Mann.

Beigetreten zum Ortsverband ist der Ortsverein der
Maschinenbau- und Metallarbeiter (E) zum Jahre sowie der
Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Weimig V.;
angetreten ist der Ortsverein der Kaufleute. Leider wurde
dem Ortsverband vor Schluß des Jahres noch der Austritt
des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter
Weimig II gemeldet. Im ganzen gehörten dem Ortsver-
band am Schluß des Jahres 11 Ortsvereine an. Die
Verbandsversammlungen waren durchgängig gut besucht. Im
Bergnügen wurden abgehalten: eine Kaiser-Geburtsfeier,
ein Verbandsfest am 5. August, welches nach der hiesigen
Uebersicht eingebracht hat, und ein Ausflug der Mier und
graubischen Berufs nach Ebnitz, an dem sich der Orts-
verband beteiligte, und ein Familienabend. Weitere Ein-

ladungen zur Beteiligung an Stiftungsfeiern resp. Bahnweihen sind in Höhe eingegangen, denen der Ortsverband nach Möglichkeit entsprochen hat. An Mitgliedern sind viele Ortsvereine leider zurückgegangen, namentlich diejenigen der graphischen Berufe, Maler und Sattlerer. Schuld daran ist das fortwährende Fehlen eines Mitgliedes des fachlichen Ausschusses bei dem Vorgesetzten der betreffenden Mitglieder.

Es bleibt noch viel Arbeit übrig, und unerwählter Fleiß und Witz sind erforderlich, die Reihen wieder zu füllen. Es ist aber notwendig, den Gewerkschaftsmitgliedern immer mehr Achtung und Anerkennung zu verschaffen, und so rufe ich zum Schluß allen Kollegen zu, energischer als bisher für die Verbreitung unserer Anschauungen und Grundzüge einzutreten zum Segen für die gesamte deutsche Arbeiterchaft.

Raimund Jochims, Schriftführer.

Ortsverband Gießen.

Unser Ortsverband hat im vergangenem Geschäftsjahre 12 Ausflüge, 4 Verbandsversammlungen, eine außerordentliche und eine kombinierte Versammlung abgehalten. Ersterer mußte am Jahresschlusse die traurige Aufgabe feststellen werden, daß in einigen Vereinen ein Rückgang der Mitgliederzahl stattgefunden hat. Nur der Verein Deutscher Kaufleute hatte eine bedeutende Steigerung erfahren, dank der energischen, tatkräftigen und intensiven Tätigkeit des Vorstandes dieses Vereins. Auf Veranlassung des Vereins Deutscher Kaufleute hat der Verbandsobmann Landtagsabgeordneter Karl Goldschmidt einen Vortrag über: „Der Kaufmannsstand einst und jetzt“ gehalten, welcher allgemeinen Beifall fand. Zur weiteren Ausdehnung des Lichts über Lebensverhältnisse erfuhr uns der genannte Verein, im Ortsverband dahin zu wirken, daß die Familienmitglieder unserer Vereine ihre Einkäufe vor acht Uhr erledigen möchten, um dadurch die Sortierteile und Ausreden einzelnere Lebenshaber hinlänglich zu machen. Diese Anregung ist offenbar auf fruchtbaren Boden gefallen. Auch die Bewegung betr. den obligatorischen Fortbildungspflichtunterricht der weiblichen Angehörigen macht befriedigende Fortschritte, so daß wir der Zukunft ruhig entgegensehen können, zumal der ausgewählte Vorstand ein reiches Arbeitsprogramm aufstellt, so daß wir am Jahresschlusse mit bedeutend besserer Bilanz abschließen können.

Rasants, Vorstands.

Ortsverband Wilhelmshafen.

Die geschäftlichen Angelegenheiten des Ortsverbandes wurden in 5 Ausflügen und Vertreterversammlungen, einer außerordentlichen Vertreterversammlung und vier allgemeinen Ortsverbandversammlungen erledigt. Von unserem Genossen Bauer wurde ein Vortrag über seine Reiseerlebnisse und die Sehenswürdigkeiten der Stadt Hannover gehalten. An Vergnügungen fanden ein Stiftungsfest, ein Weihnachtsfest mit Kinderbesuchung und ein Ausflug nach Dackhorn statt. Von der Einrichtung, den durchreisenden Genossen eine Unterbringung im Werte von 75 Pfg. zu gewähren, hatten sechs Genossen Gebrauch gemacht. Trotzdem der Ausflugszug die größte Hilfe gab, die Tagesordnung der Versammlungen immer so ausreicht wie möglich zu machen, war der

Besuch ein schlechter. Am Schluß des Jahres hatte der Ortsverband 73 Mitglieder.

Karl Böder, Ortsverband-Schriftführer.

Ortsverband Witten a. W. und Umgegend.

Die Vereinigung hat das Rad der Zeit ein Jahr in die Weisheit verlehrt. Da ist es jetzt am Plage über die Tätigkeit unseres Ortsverbandes einen kleinen Bericht zu erstatten, inwiefern das in den letzten Jahren nicht geschehen ist. Als einige Kollegen sich wieder aufrufen, um den Ortsverband aus dem Sumpf wieder herauszuführen, in den er durch die Unwissenlosigkeit einiger Leute geraten war, da sah es sehr schlimm in diesem Augenblick aus. Während doch einige Kollegen sogar seine vollständige Auflösung. Dazu kam es jedoch nicht, und das war gut so. Wenn auch von großer Mitgliederzunahme keine Rede sein kann, so haben wir doch unter den einzelnen Vereinen den festen Zusammenhang wieder hergestellt. Es fanden im Jahre 1906 7 Vertreterversammlungen und 1 Ortsverbandversammlung sowie 1 öffentliche Versammlung statt. In der Ortsverbandversammlung in Kamen sprach Kollege Braun-Darumund über: „Die Zwecke und Ziele der Ortsverbände“. Als Referenten stellte der Ortsverband seine Vertreter den einzelnen angeschlossenen Vereinen zur Verfügung. Kollege Krause sprach am 18. Mai bei den Kolonnenbauern in Langenbrenn über: „Die Arbeiterbewegung im Jahre 1906“. Am 16. April bei den Bergarbeitern in Langenbrenn über: „Die Zeitungsfrage“. Kollege Seeger sprach am 28. Oktober ebenda über: „Zweck und Ziele des Ortsverbandes“ und am 30. Dezember Thomas-Witten bei brennendem Weihnachtsbaum über: „Die Bedeutung des Weihnachtsfestes für die Arbeiter“. Das ist so die innere Arbeit. Was die äußere betrifft, so wurde am Anfang des Jahres in Langenbrenn ein Ortsverein der Bergarbeiter gegründet, welcher jetzt 42 Mitglieder zählt. Im Oktober wurde auch in Jagen ein solcher gegründet. Derselbe liegt in der Mitte der Houburg des alten Verbandes und kämpft hart um seine Existenz. Im Frühjahr traten die Witten Kollegen mit den „freien“ Gewerkschaften zusammen in den Gewerkschaftswahlkampf ein, aus dem sie mit Erfolg hervorgingen. Die „Christlichen“ zeigten sich bei diesem Kampfe in ihrer wahren Gestalt. In der öffentlichen Versammlung, die zu dieser Wahlunterstützung einberufen war, referierte Kollege Jakob-Essen. Am 28. August wurde an die Gewerkschaftsrückführung in Langenbrenn eine Eingabe eingereicht betr. Einführung der Steuer nach dem gemeinen Wert sowie der Wertungsschätzung. Die besonderen kommunalen Verhältnisse, welche hier herrschen, geboten und dies. Man hat uns bis jetzt nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Über Schuld! Wir kommen im Februar 1907 wieder mit derselben Forderung und werden sie eventuell der Bürgerchaft durch Flugblatt oder Versammlung unterbreiten!

Kollegen! Man ist im öffentlichen Leben nur das, was man aus sich macht. Deshalb müssen wir mehr hervortreten, und das soll in diesem Jahre besonders durch eine gut organisierte Kleinarbeit geschehen, bei der die idealen Aufgaben allerdings ebenfalls nicht vergessen werden sollen. Die Zeitungsfrage ist bei uns soweit gut gehend. Jetzt heißt es Vertrauensmännern zur planmäßigen Flug-

Mätter-Beteiligung herauszubringen und den Vereinen beihilflich zu sein beim Einfließen des Vertrauensmännersystems, um überall bessere Aufklärung verbreiten zu können. Denn noch ahnt man kaum der Sonne Höhe, noch sind die Morgenstunden nicht im hellen Tal erlitten.

Es genügt uns nicht, daß auch in unserem Bezirk die Sonne der fortschrittlichen neutralen Arbeiterbewegung immer höher steigt, bis sie die Finsternis der Dummheit und des Fanatismus durchbrochen hat.

Thomas-Witten.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Dichtersitz der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Weißbühlstraße 221/222. Gäste willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Abendsgaststätte im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Wilmersdorf). Gäste herzlich willkommen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Sonnabend, 9. Februar, ab 8 1/2 Uhr in Reichert'schen, Bergstr. 69. Mittellung. Vortrag: Arbeiter-Organisation, Hr. Gebele. Die Versammlung findet mit 4 Damen statt. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4. L.-O. H. A. Vortrag des Ingenieurs Herrn Kropf über Dampfmaschinenwesen. — **Regulatur-Porze.** — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Schumann, Walplagenstraße (Schäferhand). L.-O. Bericht. Wahl eines l. Vorsitzenden. Vortrag. Einlegen d. Bibliotheksbücher. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Hall, Köpenickerstr. 1. Protokoll. Ausschuss-Bericht. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Ab. 8 1/2 Uhr, bei Schumann, Brunnenstr. 119. Auswabe der Direkt im Waldenball am 2. März 1907 bei Reichert, Bergstr. 61. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Sonntag 11. Februar, ab 8 Uhr, Brachstr. 26a, Zehlendorf. Bibliothek.

Orts- und Medizinerverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Hause des Herrn Hill, Schulte-Rattler, Mühlenterrasse. — **Wachsen (Mittelalter-Club).** Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Baller, „Hägerhof“. — **Stettin. Norddeutscher Handwerker-Verband.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Diskussionsabend im Lokal Engelle, Schiffstraße 9. Gäste willkommen. — **Buchholz (Ortsverband).** Die nächste Ortsverbandversammlung findet am Sonntag, 10. Februar, sondern 17. Februar im Schützenhaus zu Schiefenberg statt. — **Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Ausschuss-Sitzung Sonntag, 10. Februar, morgens 10 Uhr, Königsworther, Büchlerstr. 12. L.-O. beiseit. Die Vertreter werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. — **Geisberg (Ortsverband).** Sonntag, 17. Februar, morgens 11 Uhr, bei Hr. R. Hupperts. Vortrag: Abgabe. Ausgabe und Beschaffung der Bücher von der Bibliothek.

Anzeigen-Zeil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Jahresabschluss der Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes pro 1906.

Einnahme		Ausgabe	
⌘	⌘	⌘	⌘
An Vortrag	1850 66	Für Begräbnisgeld	2580 —
Beiträge	5962 55	Entschädigungen:	
Eintrittsgeld	9 75	Vertrauensmänner	158 08
Ration	8 84	Vorstandsleistungen	40 —
Zinsen	2556 —	Hauptrenten	86 20
Ausgegebenen Wertpapieren	600 —	Hauptkassierer	800 —
		Hauptkontrollen	240 —
		Kaiserliches Ausschussamt	1 60
		Druckkosten u. Inserate	78 90
		Zurückgehaltene Rationen	12 49
		Rationsschulden	— 64
		Gewinnlose Wertpapiere	5874 70
		Zinsentfaltung	34 40
		Conto u. Stempel	18 05
		Depot-Gebühren	47 50
		Porto und Abtrag	208 87
		Kassenbestand	866 87
	10 482 80		10 482 80

Gesamt-Bestand (Verbindungen)		Rückwert	
⌘	⌘	⌘	⌘
4% Berliner Stadt-Anleihe	22900 —	724 2	
5% Deutsche Reichs-Anleihe	61500 —	586 28	
Kassenbestand	866 87	866 87	
	65366 87	7696 37	

Mitgliederzahl: 1875.

Berlin, den 1. Januar 1907.

R. Klein, Paul Häfner, Hauptkassierer. Hauptkontrollen.

Geprüft: Berlin, 1. Februar 1907.

Rudolf Menzel, Paul Henzel, P. Scharff, Revisoren.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine Berlin N.O., Weißbühlstraße 221/22.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden . . . und an jedem Sonntag . . . Fröhliche Besuche, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Regelmäßigkeiten. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, dabei zum Besuch freundlich ein Carl Bernat, Deponom.

Eisenach (Ortsverb.). Ratten d. Kassierer Edmund Hartmann, Wiesenstraße 10.

Hamm in Bielefeld (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten 1 RM. Unterstutzung beim Verbandskassierer Carl Bahrer in Hamm, Langstraße 62.

Wesfen (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erh. 75 Pfg. Reiseunterstutzung bei allen Ortsverbandskassierern ab. beim Verbandskassierer Herrn Osk. Krabi, Breitestr. 7 Hof I.

Witten und Umgegend a. W. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Befreiungskarten im Gewerksvereinsbureau, Brunstr. 28 I.

Künstlerische Ausführung. — Billigste Preise in Vereinsfahrten

Carl Hell's Fabrikantenwerk, Kunstschokoladenfabrik, Silberstr. (Württg.) Waldseerstr. 16.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Berlin NO. 55, Weißbühlstr. 221/22, ist jedes erschienen:

Die Deutsche Gewerksvereine (Hirsch-Dunder).

:: Eine kurzgefasste Geschichte :: ihrer Begründung und Entwicklung von Karl Goldschmidt. Berlin 1907.

Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerksvereine 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 RM., 20 Exemplare 7 RM., 30 Exemplare 9 RM. und 50 Exemplare 12,50 RM.; Befreiung franco. Betrag vorher einzulösen an Verbandskassierer Rnd. Klein, Berlin NO. 55, Weißbühlstr. 221/22.

Essen (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erh. 50 Pfg. Befreiungskarten im Gewerksvereinsbureau, Brunstr. 28 I.

Hannover. Durchreisende erhalten 70 Pfg. bei den Verbandskassierern.